

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Kustträger 1.40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat. Durch die Post: 0.10 Mk. für den Monat. Reichsdruckerei: Nr. 23366. „Sozialistischer Verlag“ e. V. u. S. S., Breslau. Abzugspresse: Die geschnittene Millimetergröße über einen Raum 6.90 Mk., anwärts 1.00 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen: Familienanzeigen, Vereine- und Besammlungsanzeigen 0.50 Mk. Reklame: Die Reklamestelle, zweispaltig über einen Raum, vierer Text 2.—Mk.

Politische Uebersicht.

Der Stand des britischen Streiks.

Der britische Streik hat sich weiter ausgedehnt. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, sind ungefähr 50 000 Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie infolge des Bergarbeiterstreiks ausgesperrt worden. Der größte Teil der Eisen- und Stahlfabriken liegt still. Die Schiffswerften werden den Streik nur noch vierzehn Tage lang aushalten können. Der Bahnverkehr, wie auch der Schiffsverkehr nach dem Festland wurde eingeschränkt.

Die britische Regierung trifft ihre Maßnahmen, um den Streik durch Einfuhr fremder Kohle unwirksam zu machen. Der „Manchester Guardian“ schreibt, daß Anordnungen getroffen sind, um große Kohlenmengen aus Amerika herbeizuschaffen. Von South-Shields sei eine größere Zahl englischer Kohlenschiffe nach amerikanischen Häfen ausgefahren, um die dort lagernden, bereits von England aufgekauften Vorräte zu holen. In Rotterdam sollen ebenfalls erhebliche Kohlenmengen zur Verladung nach England bereit liegen. Die in britischen Häfen noch liegenden Kohlenschiffe werden zurückgehalten, bis über die Verwendung ihrer Ladung verfügt worden ist.

Der Ausgang des Bergarbeiterstreiks hängt also, wie wir bereits schreiben, sehr wesentlich von der Haltung der Transportarbeiter zu Land und zur See, und zwar nicht nur der britischen, sondern auch der amerikanischen, französischen, holländischen ab. Nicht umsonst haben die Bergarbeiter mit den Transportarbeitern und Eisenbahnern den „Dreibund“ geschlossen. Bewährt er sich jetzt, so wird der Vorstoß der britischen Arbeiterschaft eine Wucht erhalten, wie keine ihrer Bewegungen zuvor.

Die Haltung des Eisenbahnverbandes ist noch ungewiß. Der Vorsitzende des Verbandes, J. H. Thomas, sieht alle Hebel in Bewegung, um die Eisenbahner am Solidaritätsstreik zu verhindern. Auf der Konferenz der Eisenbahnerdelegierten vom 20. wandte er, wie die Agenturen melden, seine ganze Beredsamkeit zu diesem Zwecke auf. Dennoch stimmte der Eisenbahnerverband von York einer Einschließung zu, in der erklärt wird, die Weigerung der Regierung, die gerechten Forderungen der Bergarbeiter anzunehmen, sei ein direkter Angriff auf das Gewerkschaftswesen, und in der die Delegierten aufgefordert werden, für den Streik zu stimmen. Der Vorstand der Landtransportarbeiterverbände, die 180 000 Arbeiter umfassen, hat die Forderung eines Mindestlohns von 4 Pfund 7 Schilling pro Woche aufgestellt und seine Mitglieder angewiesen, sich für einen allgemeinen Streik bereitzuhalten. Ein Streikkomitee für die Landtransportindustrie ist bereits gebildet. Die Konferenz der Exekutiv des Transportarbeiterverbandes hat sich am Donnerstag nach dreihündiger geheimer Sitzung auf Dienstag vertagt.

Die hohen Gewerkschaftsbürokraten und Arbeiterparteiern erhalten im Parlament wie außerhalb des Parlaments eine höchst verräterische Tätigkeit. Henderson hielt im Unterhaus eine Rede, die durch ihre Berühmtheit Aufsehen erregte. Der Bergarbeiterführer Brace erklärte im Unterhaus, die Bergarbeiter hätten ihre Forderung auf Nationalisierung der Gruben aufgegeben. Der Bergarbeiterführer Ashion erklärte in einer in Manchester gehaltenen Rede, wenn Lloyd George die Vertreter der Bergwerksbesitzer und

Bergwerksarbeiter zu einer Konferenz zusammenberufe, so würden ihm die Bergarbeiterführer unverzüglich alle Bürgschaften bezüglich der von ihm verlangten erhöhten Erzeugung geben können.

Er erklärte damit geradezu, daß die Bergarbeiter vollständig zu kapitulieren bereit seien. Und das in einem Augenblick, wo kein Zweifel darüber bestehen kann, daß der Streik noch weit von seiner höchsten Machtkentfaltung entfernt ist.

Haag, 21. Oktober. Der Nationalrat der unabhängigen englischen Arbeiterpartei hat gestern eine Entschließung angenommen, in der er die Haltung der englischen Regierung gegenüber den Grubenarbeitern eine ernste Herausforderung der ganzen Arbeiterbewegung nennt. Die Arbeiterparteien werden aufgefordert, sofort eine außerordentliche Kommission sämtlicher angeschlossenen Verbände zusammenzuberaufen, damit jeder Schritt unternommen werden kann, der nötig ist, um den plötzlich aufgetauchten ernststen Schwierigkeiten zu begegnen.

In Tonypandy in Wales kam es am 20. zum drittenmal zu Unruhen unter den Streikenden. Sie bewarfen die Polizei mit Steinen und schlugen sie mit Stöcken. Mehrere Personen wurden verwundet.

Am 21. nachmittag drei Uhr hat sich die Streiklage plötzlich verschärft. Die Delegierten der Trade-Unions hätten der Regierung erklärt, wenn sie nicht innerhalb 24 Stunden die Forderung der Bergleute befriedige, werde der Generalstreik sämtlicher Korporationen erklärt werden. „Manchester Guardian“ erklärt, die Eisenbahner diskutieren einen Vorstoß, heut um Mitternacht in den Streik einzutreten.

Inzwischen versuchten die Gewerkschaftsböden sowie wie möglich einzudämmen. Das ist wohl mißlungen.

Eine Meldung aus Paris vom 22. Oktober sagt, die Lage scheint eine unvermutete Verschärfung erfahren zu haben. Die Mitglieder des Dreiverbandes erklärten, daß sie in Uebereinstimmung mit den Forderungen der Bergarbeiter beschloßen haben, wenn die Regierung nicht nachgibt, noch am Sonntag nachmittag in den Streik zu treten.

Lloyd Georges Stellung scheint dauernd schwächer zu werden.

London, 22. Oktober. Die Drohung des englischen Dreiverbandes, im Falle einer ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen der Bergarbeiter in den Streik zu treten, würde die Arbeitslosigkeit von 3 1/2 Millionen Arbeiter bedeuten, wodurch in einer Woche die gesamte englische Industrie lahmgelegt werden würde. Die Eisenbahner scheinen die Anführer in der Opposition gegen die Regierung zu sein. Der Streikbeschlüß wurde gegen den Willen der Führer gefaßt.

So sehr sie aus!

Paris, 22. Oktober. Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus wurde von dem Staatssekretär Harmsworth mitgeteilt, daß die englische Regierung geneigt sei, die Forderung nach Anerkennung jener russischen Regierung zu prüfen, welche von der Mehrheit des russischen Volkes frei gewählt sei.

Rußland.

Die Lügen der Bürgerpresse.

Moskau, 21. Oktober. Die Gerüchte über Budjennis Verrat sind Verleumdungen. Budjenni ist derselbe Revolutionsheld, derselbe tapfere Soldat, als früher. Daß er eine Deputation der Roten Armee, welche Frieden verlangte, angeführt habe, ist ebenfalls gelogen.

Kauen funkte am 12. Oktober, daß aufständische Ukrainer Kiew erobert und daß sich die Roten Truppen zurückgezogen hätten. Diese Nachricht ist eine Erfindung der bürgerlichen Berichterstattung. Ebenso die Meldungen, daß in der Ukraine eine antirussische Stimmung herrsche. Die ukrainische Arbeiterklasse, welche ihre Solidarität mit Rußland wiederholt mit ihrem Blute besiegelt hatte, widersetzt sich allen polnischen Verriuchen, einen Aufruhr gegen Rußland hervorzurufen. Die Politik Petljuras ist am besten gekennzeichnet durch ein Bündnis mit Wrangel. Das Gold der französischen Kapitalisten kann wohl internationale Abenteuerer bestechen, aber nicht das ukrainische Volk veranlassen, sich für den Profit der französischen Kapitalisten aufzuopfern und so Selbstmord zu begehen.

II.

Der Petersburger Zeitung „Sewodnja“ zufolge hat eine große Anzahl bolschewistischer Kommissare in letzter Zeit Rußland verlassen, um die von ihnen geraubten Kostbarkeiten in Sicherheit zu bringen. In allen Kasernen in Sowjetrußland werden besondere Pakete für die Kommissare aufbewahrt; sie erhalten einen falschen Paß und eine bedeutende Summe in alten Barengeldern und sind bestimmt für die naheende „Stunde der Befahr“.

Wahrscheinlich! Höchstwahrscheinlich!

Der russische Meeresbericht.

Der russische Frontbericht vom 18. d. M. meldet: Rinsk wurde von unseren Truppen wieder besetzt. Westlich von Sluz wurden rückwärtige Stellungen bezogen. Bei Polesje finden neue Rückhutkämpfe statt, bei Saray wurde der Feind zurückgeworfen. Nordöstlich Nowograd-Wolynsk besetzten wir mehrere Ortschaften. Bei Letischew finden wechselvolle Kämpfe statt. — Südfront: In der Eisenbahnlinie von Alexandrowsk wurden bei Sipelnikows feindliche Angriffe abgeschlagen. Im Gebiet von Cyrcion eroberten wir die Stadt Aleschki.

Die Konferenz der Sowjetvertreter des Moskauer Gouvernements.

(Moska Wien.) Moska, 18. Oktober 1920 (via Christiania.) Sechste Sitzung. Der Vorsitzende des Moskauer Versorgungskomitees, Sorokin, erstattete einen Bericht über die Ernährungslage im Gouvernement Moskau. Sorokin wies darauf hin, daß die Misere, die viele Wolga- und Zentralgouvernements in diesem Jahre betroffen hat, eine Lage schuf, aus der es nur einen Ausweg gibt: Eine vollkommene Durchführung der obligatorischen Ablieferung des Getreides an die staatlichen Versorgungsorgane. Auch die zaristische Regierung mußte diese Maßregel in Jahren der

Heute, Montag, den 25. Oktober 1920, abends 7 1/2 Uhr,

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung der U. S. P. D.

(Ortsgruppe Breslau)

in den „Sifenkälen“ (St. Hubertus).

Tagesordnung: 1. Bericht über den Reichsparteitag in Halle.

Referent: Gewerkschaftssekretär Genosse Wilhelm Schütz, Landeshut.

2. Verschiedenes.

Alle Genossen, die auf dem Boden der 3. Internationale stehen, haben die Pflicht, zu dieser Versammlung zu erscheinen, um den Bericht unseres Delegierten zum Halleischen Parteitag entgegenzunehmen.

Der Ortsrat. J. A.: M. Gruschwitz.

Ribernye anwenden, aber dabei erhielten die Gutsbesitzer große Privilegien, so daß die Ablieferung nur für die Bauern obligatorisch war und die Großbauern und Gutsbesitzer das Getreide für Wucherpreise exportieren konnten. Nur bei Vernichtung des Privateigentums, des Privathandelsapparats, bei Nationalisierung der Industrie kann das Monopol für landwirtschaftliche Produkte ein gerechtes sein. Nur in diesem Fall fällt die Last der obligatorischen Ablieferung nicht auf die ärmsten, sondern auf die vermögenden Bauernschichten. An Hand der Statistik bewies Sorokin die Richtigkeit der Sowjetpolitik auf dem Gebiete der Volksernährung und konstatierte, daß die Bauernbevölkerung dieser Politik immer mehr Verständnis entgegenbringt, so daß bei den heurigen Erntearbeiten die Einmischung der bewaffneten Macht immer mehr selten notwendig gewesen war. Im Jahre 1917 wurden in Rußland 130 Millionen Pud Getreide gesammelt, 1918 110 Millionen, 1919 265 Millionen. Für 1920 waren 450 Millionen berechnet, 400 Millionen wurden abgeliefert! Was die Kartoffelernte betrifft, so wurden 1918 26 Millionen Pud gesammelt, 1919 (nach Einführung des Monopols) 43 Millionen Pud, für 1920 kann man mit 117 Millionen rechnen.

Eisenbahnerausstand in Rumänien.

Bukarest, 21. Oktober. Die Heizer und Lokomotivführer sind wegen Lohnforderung in den Ausstand getreten. Der Kriegsminister hat die Einberufung aller noch im wehrfähigen Alter stehenden Ausständigen angeordnet und droht mit kriegsgerichtlicher Verfolgung wegen Desertion für den Fall der Nichtbefolgung der Einberufung.

Die Arbeiterverfolgungen in Siebenbürgen.

Bukarest, 17. Oktober. (Kosta, Wien). Der Generalkonvent der Sozialistenpartei von Rumänien hat ein Memorandum an die Regierung angedreht, welches von einer Delegation, bestehend aus den Arbeiterführern Jwanca, Eiser und Geißlinger, überreicht werden soll.

Das Memorandum stellt an die Regierung folgende Forderungen: 1. Kesselierung der Arbeiterorganisationen. 2. Zurückziehung des Militärs von den Fabriken. 3. Verbot an die Leitungen der Staatsunternehmen, sich in die Arbeiterorganisationen einzumischen und Wiederanstellung der entlassenen Arbeiter. 4. Aufhebung des Streikgesetzes. 5. Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes. 6. Wiederherstellung der Autonomie für die „casele cercuale“ in Siebenbürgen und Banat.

Parteitag.

3. Verhandlungstag. — Vormittagssitzung.

(Fortsetzung der Rede Sinowjews.)

Ferner sind Sie uns auf diesem Parteitag eine Antwort über die Demokratie schuldig. Bisher haben sich die rechten Führer der U. S. P. noch immer auf den Boden der Demokratie gestellt, dafür ist ihr theoretischer Kantisch der beste Beweis, der auch der weitere theoretische Führer der rechten U. S. P. bleiben wird. Bisher ist die Sowjetregierung die gegebene historische Form der Diktatur des Proletariats. Es handelt sich darum, ob Sie sich zu der Diktatur des Proletariats in dem Sinne bekennen, wie es das russische

Für den Fall, daß die Regierung bis zum 20. Oktober in allen diesen Punkten keine zureichende Antwort erteilen wird, droht die Sozialistenpartei mit dem Generalkonvent.

1258 Selbstmörder!

Das amtliche ungarische Nachrichtenbüro teilt mit, daß die Zahl der Selbstmörder im laufenden Jahre auf 1258, d. h. das achtfache des bisherigen Jahresdurchschnitts, gestiegen ist. — Ganz gewiß ist die wirkliche Zahl derjenigen, die von der Weissen Schmach eingekerkert, verkrüppelt, vergewaltigt, zum Selbstmord getrieben werden, noch erheblich größer als diese Horthy-Statistik angibt. Es kommen die Behauptungen hinzu, deren Ermordung durch die Offiziersbataillone und Weisgardisten selbst bejagt wird.

Daß man, wenn man Proletarier ist, lieber stirbt, als unter der christlich-nationalen Mörderbande zu leben, wäre verständlich. Aber es handelt sich bei dieser Zahl hauptsächlich um die wegen drohenden Martern (zu Tode prügeln — Verbrennen — Kastation) begangenen Selbstmorde! Man weiß ja, wie die deutsch-nationalen Patrioten haufen. Wenn während des kurzen Kapp-Putschs der bürgerliche Koch eines feudalen Restaurants von den Nationalisten und Kaiserfreunden erschossen wurde, nur weil er einige abfällige Bemerkungen machte, so kann man sich vorstellen, wie diese Mörderbanden haufen würden, wenn sie auf Monate oder Jahre hinaus bei uns ans Ruder kämen.

Die Regierung sabotiert das Betriebsrätegesetz.

Nach dem § 70 des Betriebsrätegesetzes soll möglichst bald ein Gesetz erlassen werden, nach dem ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt werden müssen. Die Regierung hat bisher unter dem Druck der Unternehmer noch immer nicht Zeit gefunden, diesen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen. Diese Verzögerung ist nun selbst einigen rechtssozialistischen Abgeordneten zuviel geworden. Der rechtssozialistische Abgeordnete Siebel erklärte deshalb in einer Anfrage: „In allen Arbeitnehmerkreisen wird großes Gewicht auf die schleunige Herbeiführung dieses Gesetzes gelegt.“ — Er fragt die Regierung, ob sie bereit sei, diesen Gesetzentwurf dem Reichstage alsbald nach seinem Zusammenritt vorzulegen, um zu ermöglichen, daß er noch vor Jahreschluss vom Reichstage verabschiedet werden kann.

Großer Streik in Bremen.

Bremen, 22. Oktober. Der Streik in Bremen ist allgemein. Es streiken an 65 000 Arbeiter und Angestellte. Die Straßenbahn hat ihren Betrieb eingestellt.

wünschen; sie wollten den Bauern kein Land geben. Das war ein schicksalsschwerer Fehler, die Revolution der russischen Revolution konnte man nicht in die Hände bekommen. Und wenn der Genosse Serati beim Agrarprogramm nicht zustimmen wollte, so hat die ungarische Revolution doch der Kommunistischen Internationale recht gegeben. Das haben wir bei der letzten Bewegung in Italien erlebt. Wir sind bisher stets der Ansicht gewesen, daß es auch in Deutschland ohne Bauernräte geht. Wenn die proletarische Revolution siegt, dann kann wir die Bauern neutralisieren müssen. Daher ist die Forderung des Agrarprogramms durchaus im Sinne der proletarischen Regierung, wenn auch nicht im Sinne des bürgerlichen Agrarprogramms. Wenn man das nicht einräumt, so ist mir das der beste Beweis, daß man noch gar nicht an die proletarische Revolution denkt.

Und nun komme ich zur Nationalitätenfrage. Genosse Palcha war in Baku anwesend, er war aber kein Teilnehmer am Kongress. Das Wort wurde ihm auf meinen Antrag nicht erteilt. Ihm wurde lebhaftig gestimmt, eine Erklärung abzugeben (aus der Sinowjew einige Stellen vorliest), darauf nahm der Kongress eine Entschließung an, aus der hervorgeht, daß wir Genossin Palcha auf den Kopf zugesagt haben, daß er der Armenier-Schlächter ist. Sie betrachten die Nationalitätenfrage auch reformistisch. Wir haben in unseren Bedingungen zum Ausdruck gebracht, daß die 2. Internationale nur eine Internationale von Proletariern weißer Hautfarbe sein wollte. Darum haben wir ausdrücklich erklärt, daß die Kommunistische Internationale der Unterdrückten aller Hautfarben ist. Wir haben Hunderte von Millionen in Asien notwendig, wenn die Weltrevolution siegen soll, denn in Asien wohnen 800 Millionen Menschen, viermal mehr als in Europa.

Wir müssen die unterdrückten Massen, denen der Krieg die Augen geöffnet hat, für unsere Sache zu gewinnen suchen. Man hat zu Beginn des Weltkrieges den Proletariern den imperialistischen Krieg als einen heiligen empfohlen, jetzt müssen wir nach diesem verfluchten Krieg des Imperialismus den heiligen Krieg organisieren gegen die Bourgeoisie.

Wir sehen auf zu unseren Lehrmeistern Marx und Engels, die uns gelehrt haben: Proletarier aller Länder, vereinigt euch. Diese Lehre muß heute lauten: Proletarier aller Länder und unterdrückten Völker, vereinigt euch. So werden die Hunderte Millionen Asiens von der kommunistischen Internationale gewonnen. Man hat so viel von dem Müllab von China gesprochen, aber die russischen Analphabeten herablassend gespöttelt, diese russischen Analphabeten haben in 12 Jahren, in den Jahren von 1905 bis 1917, zwei der größten Revolutionen durchgeführt. Ich komme jetzt zur Frage des Terrors. Das ist meines Erachtens nicht die entscheidende Frage, aber immerhin eine sehr wichtige. Sie wollen einen Unterschied machen zwischen Gewalt und Terror. Das ist falsch, nach unserer Ansicht ist der Terror nur eine vorläufige Form der Gewalt, wie der Bürgerkrieg eine vorläufige Form des Klassenkampfes ist. Ich beziehe mich auf die Auffassung unserer Genossen Bogumilow, von der Sinowjew das Wort zitiert, daß der Kampf um den Sozialismus den gewaltigsten Bürgerkrieg der Weltgeschichte darstellt. In der Praxis waren wir am Anfang der Revolution keine Terroristen, wir ließen die festgenommenen konterrevolutionären Offiziere auf ihr Ehrenwort, daß sie nicht mehr gegen die Revolution kämpfen würden, frei, was uns das Blut von Hunderttausenden Proletariern gekostet hat. Wir Kommu-

Das Problem der Güterverteilung nach Ende der Diktatur des Proletariats.

Der wirtschaftliche Prozeß hat seinen Anfang und sein Ende. Die Produktion, das Maß der Beteiligung an dem Ergebnisse der Produktion (Einkaufsverteilung) und die tatsächliche Verteilung der produzierten Güter (Verbrauch) sind nicht aufeinanderfolgende Teile eines Vorganges, sondern in gegenseitiger Wirkung aufeinander, ihre Gründe und Wirkungen, die Konstanten des Gegenstandes der Produktion sind fest, als innerliches Ziel, als Bedürfnis, als Ziel und als Zweck.“ (Karl Marx, zur Kritik der politischen Ökonomie, Seite 24, ebenso die zwei nächsten Zitate.)

Ideologisch wäre also die Parität des Verbrauches unzulässig, wenn andererseits nicht genau wäre, daß Entlohnung und Formen der Produktion die Bedürfnisse des Verbrauches bestimmen. Die Produktion liefert dem Material auch ein Bedürfnis. Jede Entlohnung, jede Bezahlung in der Produktion schafft neue Bedürfnisse (elektrische Glühlampe, Flugmaschine) und daraus: „Nicht nur der Gegenstand der Produktion, sondern auch die Weise der Produktion wird daher durch die Produktion produziert, nicht nur daher objektiv, sondern auch subjektiv.“

Bei der sozialen Organisation hängt feststehend das Maß der Teilnahme an dem Ergebnisse der Produktion (Einkaufsverteilung) ab, die bei Übergang zwischen Produktion und Verbrauch selbst und deren gegenseitiger Wirkung auf die Produktion etwas verändert, wie sie der Verbrauch leidet.

Die Theorie des Kapitalismus behauptet gerade das, daß sie dieses gegenseitige Abhängen voneinander zwischen Produktion und Konsumtion nicht bewußt zur Grundlage der Ordnung des Wirtschaftsprozesses macht, sondern im Interesse der Annäherung des Vorganges der Einkaufsverteilung zu dem, daß diese Einkaufsverteilung auf dem freien Warenmarkt mit der Kraft der Konkurrenz zur Wirkung kommen. Die tatsächliche Verteilung der hergestellten Güter, der freie Warenmarkt, ist das eigentliche Maß der Ursache des Hungers und des Kapitalismus, so daß im Übergang zum kommunistischen Sozialismus zunächst die dringendste Aufgabe die Befreiung des freien Warenmarktes und damit die Dezentralisierung der Güterverteilung, die Organisation des Verbrauches ist.

Für jede Produktionsweise ist es nicht nur die Menge, sondern eine der schwersten Aufgaben, auch

Anschaffung des Freihandels die entsprechende und unbedingte Versorgung der Massen sicherzustellen.

Es ist nicht darum zu tun, eine solche oder ähnliche Verteilung zu organisieren, wie sie der Freihandel versteht, also nicht die kapitalistische Verteilungsorganisation technisch zu ersetzen, sondern ein ganz neues Problem mit teilweise neuen Mitteln zu lösen.

In der Revolution und in der Diktatur des Proletariats treten notwendige Störungen ein. Die mehr oder weniger verlässlichen kapitalistischen Aufnahmen, welche die Abnahme der Produktion in der russischen oder in der ungarischen Räterepublik der normalen kapitalistischen Produktion gegenüber darstellen, beweisen nur das, was jedermann weiß, daß die freitragende Arbeiter während des Gebärens nicht arbeiten kann. Wenn die Produktion bei Ausbruch der Revolution plötzlich stillsteht und dann nur langsam in den Gang kommt, ist dies ebenso wenig ein Argument gegen die Revolution, wie eine langsame Wiedergewinnung der Arbeitsfähigkeit ein Argument gegen die Notwendigkeit des Gebärens ist.

Ständig mit der Abnahme der Produktion tritt eine lebhaftere Nachfrage der Bedürfnisse ein. Der Kapitalismus produziert nicht, um die Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Nutzen zu erzielen. Oft bringt gerade die Nichtbefriedigung der Bedürfnisse einen größeren Nutzen. Die „Times“ schreiben z. B. in ihrer Nummer vom 4. Dezember 1919 ausführlich des langen Streiks der Schiffsbauarbeiter folgenden: „Von Standpunkte des Publikums ist es eine unglückliche Tatsache, daß die Maschinenindustrie zu einem fast unbegreiflichen Nutzen kommt und demzufolge dem Streik ziemlich indifferent gegenüber stehen kann, während das Publikum daran ist, geduldig auf ihre Fabrikate zu warten und jeden Preis zu bezahlen, den die Fabrikanten verlangen.“ Ja, vom Standpunkte des Publikums ist es eine sehr unglückliche Tatsache, daß der Kapitalismus in der Produktion kein anderes Interesse als den des Profites hat und den Profit nur dann erzielen kann, wenn er die Bedürfnisse von Arbeitern nicht nach Maßgabe der Produktion befriedigt, wenn er einen großen Teil der Massen mit dem Hungertode in einem, zur Ausbreitung bereit gestellten Zustand hält. Aus dem Grunde des Kapitalismus muß sich die Produktion auf die Befriedigung der tatsächlichen, materiellen Bedürfnisse einstellen; die Teilzahl der Produktion hängt nicht mehr davon ab, welche Produktionsweise einen größeren Profit erzielt; die Produktionsbedingungen müssen in einem Maße organisiert, in dem Wirtschaft und Industrie auf die langfristige Arbeit je eher eintritt werden.

Es entsteht daher ein grenzenloses Bedürfnis an Produktionsmitteln — Maschinen, Materialien. Zu gleicher Zeit trachtet das von der Unterdrückung befreite und zur herrschenden Klasse gewordene Proletariat, sein Lebensniveau rapid zu heben. Aufgabe der Führer des Proletariats ist es, durch Bildung und Hebung des Selbstbewußtseins im Proletariat dahin zu wirken, daß diese Bestrebungen zur treibenden Kraft für die Reorganisation der Produktion werde und die Hebung des Standards mit der Produktion im Gleichgewichte bleibe. In der ganzen Uebergangszeit, d. h. während der Diktatur des Proletariats, zeigt sich ein ständiger Warenmangel gegenüber dem ständigen Warenüberschuß im Kapitalismus, aus dem erwähnten beiden Gründen (Reorganisation der Produktion und Hebung des Lebensstandards der Masse). Die Geschäfte des notleidenden Mittelstandes sind voll aller Güter und Schönen. Im Kapitalismus sind sowohl Nahrungsmittel erforderlich, als gekauft werden können, im Kommunismus sowohl, als gegeben werden können. Es liegt gar kein Grund vor, den Fleisch-, Brod-, usw. Verbrauch der Massen einzuschränken, sofern es gelungen ist, die erforderlichen Mengen zu produzieren. Der Kapitalismus produziert für die zahlungsfähigen Käufer, der Kommunismus für die verbrauchsfähigen Menschen. Der Kapitalismus sorgt dafür, daß die überwiegende Mehrheit nicht im Maße ihrer Verbrauchsfähigkeit zahlungsfähig werde.

In dieser Fassung ist der Mangel und die damit zusammenhängende Klassenkategorisierung enthalten. Jede Klassen-gesellschaft steht notwendigerweise auf der Grundlage der Klassenkategorisierung. Niemand könnte behaupten, die herrschende feudale oder kapitalistische Klasse hielte in ihrem Verbrauch das Gleichmaß mit der unterdrückten Klasse der Unterdrückten oder Proletariats. Die Diktatur des Proletariats setzt an die Stelle der anarchischen und schreienden Klassenkategorisierung die bewußte und proportionale Klassenkategorisierung. In gegenwärtigen letzten Stadium des Verfalls des Kapitalismus, wo bei der äußersten Notlage der Massen der maßlose und schreiende Egoismus und die Schwandung der vermögenden Klassen aufreißend wirkt, ist die bewußte Klassenkategorisierung erforderlich, um die oben bezeichnete bewußte Klassenkategorisierung des Proletariats zu bewerkstelligen. Die kapitalistische Klassenkategorisierung ist eine ungeordnete und stets schärfer werdende Folge des kapitalistischen Systems, die Klassenkategorisierung der Diktatur des Proletariats ist eine geordnete und bewußte, die mit dem Untergang der kapitalistischen Gesellschaft und mit dem Ausbruch der Produktion

offen waren zu gütliche Burthen. Das war eine naive ...

Und nun zur Rätefrage. Ich bin durchaus der Ansicht, daß man die sogenannten Selben zu den Räten hinzuziehen muß.

Was heute morgen hier zitiert worden ist, trifft zu; ich habe vor einigen Wochen in Moskau eine Rede gehalten, in der ich verschiedene Mißstände in der Partei getadelt habe.

Und nun will ich zu den Bedingungen übergehen. Man würde ja sagen, daß überhaupt keine Bedingungen notwendig wären.

Ich habe den Auftrag von der Exekutive, den Teil des Kongresses, für den die Bedingungen unannehmbar sind, aufzufordern, uns hier zu formulieren, was denn nun eigentlich an den Bedingungen unannehmbar ist.

Die Klagen über die Zusammenfassung der Exekutive sind ein Rückfall in nationalistische Vorstellungen.

Ich habe den Auftrag von der Exekutive, den Teil des Kongresses, für den die Bedingungen unannehmbar sind, aufzufordern, uns hier zu formulieren, was denn nun eigentlich an den Bedingungen unannehmbar ist.

den Parteilegitimität appelliert. Es wurde gesagt, die U. S. P. solle zerlegt werden. Wir verlangen aber lebhaft, daß die Partei sich reinigt von den Elementen, die keine Kommunisten sind.

Die Mehrheit des Parteitages bringt ein dreifaches Hoch auf die 3 Internationale aus und stimmt die Internationale an, worauf nach 1/8 Uhr die Verhandlungen auf Freitag vertagt werden.

Republik Deutschland

Offener Brief.

An den Reichsfinanzminister (Bezirksleitung des Eisenbahnerverbandes.)

Tag für Tag wird versucht, durch sensationellste Pressartikel der den Beamten noch verbliebene Rest an Ansehen zu rauben.

Fortgesetzt wird darauf hingewiesen, daß die Beamtenschaft durch ihre Unersättlichkeit und übertriebenen Forderungen den Staat dem Ruin zuführe.

Wie die Verhältnisse jedoch liegen, muß mit aller Entschiedenheit gegen die ständige Verunglimpfung der Eisenbahnerschaft Protest eingelegt werden.

Der größte Teil der Beamtenschaft ist heute wirtschaftlich ruiniert. Der während der langen Kriegszeit so oft gepeinigte Dant offenbart sich heute in einer Auswirkung, die wir uns unter keinen Umständen hätten träumen lassen.

Während in der Geschäftswelt Vermögen zu Vermögen gelegt wird, verlangt man von den auf feste Bezüge angewiesenen, daß sie jede Forderung auf ein auskömmliches Einkommen beschränken sollen, um durch ihr Hungern den Staat wieder lebensfähig zu machen.

Herr Minister! Ich erinnere mich Ihres Ausspruches vom 21. April 1920 in der Nationalversammlung: „Aber an einem werden Sie nicht vorbeikommen, den Männern, die in der Arbeit stehen, ihren Lebensunterhalt zu garantieren.“

Wenn Sie, Herr Minister, auf Grund der nachfolgenden Zahlen es einmal versuchen würden, einen Haushaltsplan so aufzustellen, daß die Familie lebensfähig bleiben kann, so würden sie sich unterlichen Ruhm erringen.

So beträgt das Anfangseinkommen in der höchsten Ortsklasse der Klasse II 787,50 Mk., Klasse III 825,00 Mk. niedr. II 662,50 III 700,00

Demgegenüber erhält hier in Köln im Privatberufe eine 22jährige Kontoristin 1030 Mk. Tariflohn, ein 28jähriger Hausdiener 250 Mk. wöchentlich, ein Nachtwächter bei einer für die Bahn arbeitenden Baufirma 1500 Mk. monatlich.

Glauben Sie Herr Minister, daß die erkämpften Tarife etwa über das Maß hinausgehen, als das zum Leben unbedingt notwendigsten? Ich muß auch hier an das Gegenteil glauben.

Der großen Masse der Eisenbahner überläßt man es, sich mit Kummer und Sorgen mühsam am Leben zu halten, man bringt es fertig, sich mitschuldig an der Gefährdung des Bahnbetriebes dadurch zu machen, daß man Gut und Leben der Nation Männern in die Hände legt, denen das häusliche Gluck fortgesetzt vor dem geistigen Auge vorüberziehen muß.

Die in den weichen Polstern durch die Welt faulenden Reisenden würden wohl etwas weniger sorglos den Augenblicke zugehen, wenn sie auch nur einen Schwimmer von der Not derjenigen hätten, denen ihr Leben in die Hand gegeben ist.

Trotz all des Jammers heißt es doch immer wieder: „Ihr habt genug an Einkommen.“

Wir aber können nicht mehr ruhigen Mutes zusehen, wie das Recht gebogen und uns ständig Unrecht zugefügt wird.

Nach den Berichten über die Ergebnisse des Betriebes der preussisch-bessischen Staatsbahnen betragen die persönlichen Ausgaben:

1918	1919	1918
48,73%	48,68%	42,41%
51,27%	51,32%	57,59%

Alles in einem Jahre, wo der Eisenbahnsechsbetrag bereits mehrere Milliarden betrug, wirtschaftet ein einziger Kontrollbezirk einen Betriebsüberschuß von 490 Millionen Mark heraus.

Und nun frage ich Sie, Herr Minister: „Wo bleiben die Ueberschüsse?“

Der Bestand an Lokomotiven und Wagen betrug: 1913: Lok. 22 131, Personenwag. 45 023, Güterwag. 495 429

1918: „ 29 184, „ 54 832, „ 624 459 demnach am Schluß des Etatsjahres 1918: Lok. 7053, Personenwag. 9 809, Güterwag. 129 030.

Die Gesamteinnahmen 1918 betragen 3 549 525 977 Mk. Für die Lokomotiv- und Wagenbeschaffung wurden ausgegeben: 602 750 133 Mk., demnach rund 17% der Gesamteinnahme nur für Lokomotiven und Wagen.

1919 wurden nur im Direktionsbezirk R 51 n 132 Lokomotiven beschafft, obgleich ein Mehr von 7053 gegen den Etat 1913 vorhanden war.

Die Ausgaben für Neubauten allein betragen 1919 im Direktionsbezirk R 51 n 109 001 432 Mark.

Und nun frage ich Sie, Herr Minister, sind die Finanzen der Eisenbahnen durch die Löhne und Gehälter so ungünstig beeinflusst, wie Sie es durch die Presse wissen lassen?

Ich erkläre Nein und abermals Nein! Wir aber stellen auf Grund des Ergebnisses im Direkt. Köln die Frage: Sind die Bediensteten schuld, daß die Fortsetzung der Bauten an den zahlreichen angefangenen, z. T. strategischen Bahnlinien horrenden Summen vertilgen.

Können wir dafür, daß die Beschaffungskosten sämtlicher Materialien im Minimum um das 15fache, z. T. bis zum 35fachen gestiegen sind, können wir verantwortlich dafür gemacht werden, daß bei einer durchschnittlich 20fachen Verteuerung der notwendigen Materialien, sowie der mindestens 20fachen Erhöhung aller Ausgaben und nur 5fachen Friedebeeinnahme ein Fehlbetrag entstehen muß.

Die Steigerung unserer Einnahmen an Löhnen und Gehältern dürften noch unter den Verhältniszahlen der Tarifierhöhung bleiben.

Weil wir dieses wissen, und die Not unserer Verlassenen nicht weiter zu ertragen ist, erwarten wir von Ihnen, Herr Minister, daß Sie den Eisenbahnern das geben, was ihr Recht ist.

Aus diesem Grunde wird es notwendig sein, in Zukunft, wenn von Staatsüberschreitung usw. die Rede ist, die Ausgaben für Gehälter und Löhne von denselben, für Lieferungen und Neubauten zu trennen.

Carl Frohme, Kassenvorsteher.

Die Unterbilanz der Eisenbahn. Mißgeschickung.

Unter der Ueberschrift: „Korruptionserscheinungen im Eisenbahn-Direktionsbezirk Hannover“ bringt der „Deutsche Eisenbahner“ Nr. 42 einen Leitartikel von Enthüllungen.

Der Eisenbahndirektionsbezirk Hannover ist in Bad Deynhausen einer Mißgeschickung auf die Spur gekommen, in der auch höhere Beamte mitverwickelt sind. Das Material ist noch nicht abgeschlossen. Die bereits von dem Oberbahnassistenten Kade, als dem Bevollmächtigten der Staatsanwaltschaft, eingeleitete Voruntersuchung hat aber eine solche Fülle von belastungsmaterial zutage befördert, daß auch die Öffentlichkeit ein Interesse hat, zu erfahren, welche Ursachen dem fahrlässigen Niedergang unserer Verkehrseinrichtungen zugrunde liegen.

Nach ausführlichen Angaben - fast er zusammen: Es steht demnach zweifellos fest, daß

1. Beamte in leitender Stellung, unter Mißbrauch ihrer Amtsbefugnisse, Bedienstete der Eisenbahnerverwaltung während der Dienstzeit für persönliche und private Arbeiten herangezogen haben; daß

2. die genannten Leute für die Verrichtung dieser Arbeiten ihren Lohn von der Stationskasse der Eisenbahn bezogen haben; daß

3. hochwertiges Baumaterial, offenbar der Eisenbahnerverwaltung gehörend, für private Zwecke verwendet wurde; daß

4. einverleibtes Baumaterial als Dienstgut angegeben wurde; daß

5. Mißbrauch resp. Fälschungen mit Freisprechungen vorgenommen wurden und daß endlich

6. eine private Baufirma in betrügerischer Absicht falsche Lohnlisten geführt hat.

Und sagt am Schluß: „Die Bezirksleitung des D. E. B. hatte am Freitag, den 27. August, mit dem Vertreter der Direktion darüber eine Unterredung. Eine klare, stichhaltige Antwort wurde ihr nicht erteilt, so daß der Verdacht wächst, daß vielleicht einzelne Herren der Direktion ein Interesse daran haben, wenn dieses Treiben der Verwaltung verwischt wird, einmal höhere Beamte der Eisenbahn in diesem Zusammenhang genannt werden.“

Wir werden über den Ausgang der Angelegenheit berichten.

